

Parlamentarischer Vorstoss

2018/736

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Überprüfung der Lohneinreihungen des Gerichtspersonals
Urheber/in:	Justiz- und Sicherheitskommission
Zuständig:	Andreas Dürr, Präsident
Mitunterzeichnet von:	--
Eingereicht am:	30. August 2018
Dringlichkeit:	--

Im Rahmen ihrer Beratungen der Vorlage 2017/115 (Teilrevision des Gerichtsorganisations- und Prozessrechts) hatte die Justiz- und Sicherheitskommission über eine Vielzahl von Gesetzesänderungen zu befinden, welche zu Effizienzsteigerungen und in der Folge zu Einsparungen im Gerichtswesen führen sollten. In vielen Fällen hat die Kommission aber gegen die beantragten Änderungen entschieden – weil sie das Einsparpotenzial als zu gering angesehen hat im Vergleich zum potenziellen Schaden, den die Rechtsprechung durch die entsprechenden Massnahmen erleiden würde.

Die Kommission anerkennt aber, dass auch das Justizwesen zur weiteren Konsolidierung des Staatshaushaltes beitragen soll. Dies soll aber nicht über Veränderungen der Strukturen der Rechtsprechung bzw. der Gerichte geschehen. Die Kommission sieht das Potenzial dazu in einer Überprüfung der Lohneinreihung des gesamten Gerichtspersonals. Diese Überprüfung soll zwar ergebnisoffen erfolgen. Die verlangte Überprüfung ist aber angemessen, weil die Gerichte bei der allgemeinen Analyse der Lohneinreihungen im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 nicht einbezogen waren.

Dass die Kommission die Lohnfrage über ein Postulat angeht, hat seinen Grund auch darin, dass sie die komplexe Thematik nicht in die oben genannte Vorlage integrieren konnte und wollte, sondern sie separat behandelt wissen will.

Der Regierungsrat wird eingeladen, im Zusammenwirken mit den Gerichten die Lohneinreihungen des Gerichtspersonals im Sinne der Erwägungen zu überprüfen und zu berichten.

Die Kommission hat diesen Text am 20.8.2018 mit 11:1 Stimmen zur Einreichung im Landrat verabschiedet.